

ihre Kompetenz nicht durch den Gebrauch der Metapher von der heilenden Dimension des Glaubens, sondern erst in dem Bemühen um die Nöte der Menschen, ihre Einsamkeit, im Aufsuchen der Orte, an denen heute Menschen leben.

HK: *Worin unterscheidet sich dann die Arbeit der Seelsorger vom Therapeuten und Analytiker?*

Frick: Der Seelsorger handelt nicht nur als Vertreter der Kirche, sondern im Namen Gottes. Und er akzeptiert diese gewissermaßen amtliche Funktion. Der Analytiker ist Anwalt des Unbewußten: der chaotischen und hilfreichen, auf jeden Fall überraschenden Impulse die aus der Tiefe der menschlichen Person kommen, sei es aus der Tiefe des Analysanden, sei es aus der Tiefe des Therapeuten. Natürlich können sich beide Rollen und Aufgaben auch überschneiden. Wenn mir jemand in einem Exerzitienkurs einen Traum erzählt, dann bin ich der Exerzitienbegleiter und nicht der Therapeut und muß die Bereiche unterscheiden. Dennoch hört auch mein analytisches Ohr mit.

HK: *Demnach aber ist von Theologen und Seelsorgern eine größere Sensibilität in doppeltem Sinn gefordert: Nicht nur für den möglichen Dialog mit der Psychotherapie, sondern auch für bleibende Unterschiede in Funktion und Aufgabe...*

Frick: Mit dem Stichwort von der therapeutischen Dimension von Theologie und Seelsorge darf die Psychotherapie nicht „getauft“ werden. Solche Heimholungsversuche verletzen eben nicht nur die legitime und theologisch begründete Autonomie einer Humanwissenschaft, sie können auch gar nicht im Interesse von Theologie und Kirche liegen. Es kann beiden nicht darum gehen, der Psychotherapie und Psychoanalyse alle religionskritischen Zähne zu ziehen und sie so-

weit zu domestizieren, daß nur noch eine „christliche Psychotherapie“ übrigbleibt, eine „Psychoanalyse light“.

HK: *Warum sollte die Theologie ausgerechnet von der Religionskritik der Psychologen profitieren?*

Frick: Weil sie den Dialog mit dieser Welt möglichst realistisch führen muß, mit allen Spannungen und Widersprüchen. Ähnlich wie im Leben des einzelnen die vollständige „Integration“ der Sexualität eine Illusion darstellt, ist auch die theologische Rezeption der Psychoanalyse eine trügerische Sache. Mir scheint es natürlicher zu sein, die Psychoanalyse im theologischen Haus wie eine Katze zu begrüßen. Sie darf kommen und gehen, gelegentlich auch einmal fauchen und kratzen. Sie bleibt wild und frei. Solange sich Psychoanalyse mit dem Unbewußten in seiner anarchischen Form beschäftigt, mit dem Schatten des Menschen, mit seiner somatisch-psychischen Konstitution als Trieb- und Mängelwesen, als unvollkommenes Wesen, solange wird die Psychoanalyse anstößig für die Theologie sein.

HK: *Eine christliche oder katholische Psychoanalyse kann es demnach nicht geben?*

Frick: Dies ist nicht anders als in anderen Wissensgebieten. Einem katholischen Physiker wird man heute empfehlen, Physik zu betreiben wie jeder andere Physiker; für den Sozialwissenschaftler gilt das gleiche. Die Theologie sollte daher auch von einem katholischen Psychoanalytiker nicht erwarten, daß er eine christliche Psychoanalyse betreibt, sondern daß er Psychoanalyse nach allen Regeln der Kunst als ein Handwerk ausübt, das man in langen Jahren der Ausbildung, in Selbsterfahrungsprozessen, in Theorie und Supervision lernen muß, nach den Standards der Profession.

Alarmzeichen nach der Wahl

In Österreich geht die ÖVP in die Opposition

Die österreichischen Wähler haben ihrem Land am 3. Oktober ein Parlament mit drei annähernd gleich starken Kräften beschert. Die Österreichische Volkspartei, der FPÖ Jörg Haiders an Stimmen knapp unterlegen, hat den für diesen Fall angekündigten Gang in die Opposition wahr gemacht. Jetzt herrscht Unsicherheit auf der ganzen Linie.

In der Geschichte Österreichs seit 1945 hat es keine Wahl gegeben, die derartige Emotionen angeheizt hat wie die Parlamentswahl am 3. Oktober. Ursache dafür war der Generalangriff Jörg Haiders und seiner Freiheitlichen Partei gegen die bisherige politische Struktur der Zweiten Republik, der von

zahlreichen Medien durch lauten, allzu lauten Trommelwirbel begleitet wurde. Überdies erhöhten die Meinungsforscher durch unablässige neue Prognosen die ohnehin vorhandene Spannung immer noch weiter: Sie sagten in den Wochen vor der Wahl einen Umsturz der traditionellen politischen Kräf-

teverhältnisse und ein Wahldebakel der ÖVP voraus und meinten mit immer neuen Ziffern, die Freiheitlichen würden als die eigentlichen Herausforderer der Sozialdemokraten übrigbleiben.

Unter dem Eindruck der Ankündigungen einer ganzen Reihe von Meinungsforschungsinstituten entschloß sich ÖVP-Parteiboss und Vizekanzler *Wolfgang Schüssel* Anfang September zu einem dramatischen Schritt: Er kündigte an, die Volkspartei werde in die Opposition gehen, sollte sie tatsächlich auf den dritten Platz in der Wählergunst abrutschen. Diese Ankündigung löste einige Verwirrung aus, denn die Sozialdemokratische Partei hatte sich bereits festgelegt, mit der FPÖ Jörg Haider auf keinen Fall eine Koalition zu vereinbaren. Sollte nun die ÖVP in Opposition gehen, würde de facto keine Variante für eine Regierungsbildung bleiben, so dachte man vor der Wahl. Andererseits sorgte die Erklärung Schüssels für eine Mobilisierung vieler ÖVP-Wähler in letzter Minute, die nun den Ernst der Lage erkannten und durch ihre Stimmabgabe das volle Ausmaß des angekündigten Wahldebakels der ÖVP verhinderten.

Wie war ein solches Wahlergebnis möglich?

Trotzdem war das Wahlergebnis des 3. Oktober für die beiden Koalitionsparteien schlimm genug: Die Sozialdemokratische Partei unter Bundeskanzler *Viktor Klima* verlor fast fünf Prozent und sackte auf 33,4 Prozent der abgegebenen Stimmen ab, das schlechteste Wahlergebnis der Partei seit 1945. Die ÖVP kam im Vergleich zur SPÖ noch relativ glimpflich davon, sie verlor nur 1,4 Prozent der Stimmen und hielt nun bei 26,9 Prozent, doch war auch dieses Ergebnis das schlechteste seit 1945. Wahlsieger war eindeutig die FPÖ, die mit einem Zugewinn von 5,4 Prozent auf 27,2 Prozent der Stimmen kam und damit zum ersten Mal den Platz 2 noch vor der ÖVP erobern konnte.

Die Grünen konnten mit einem Zugewinn von 2,3 Prozent beachtliche 7,1 Prozent der Stimmen erringen, während das Liberale Forum unter *Heide Schmidt* nur 3,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte und aus dem Parlament hinausflog. Dieses Ergebnis, das einmal mehr zeigte, daß der Liberalismus in Österreich keine politische Kraft ist, bedeutete für Haider eine zusätzliche Genugtuung: Hatte sich doch Heide Schmidt vor Jahren von der FPÖ getrennt und mit der Gründung des „Liberalen Forums“ eine politische Gruppe geschaffen, die vor allem den Kampf gegen Haider auf ihre Fahnen schrieb.

Nach diesen umstürzenden Wahlergebnissen war es die Hoffnung der Volkspartei, mit Hilfe der 250 000 Wahlkarten-Wähler doch noch den Platz 2 zurückerobern zu können. Da die Wahlkarten auch die Stimmen der Auslandsösterreicher umfaßten, die erst im Lauf einer Woche nach dem Wahlgang in Österreich eintrafen, ergab sich eine Verzögerung

in der Auszählung um zehn Tage. Dann brach die nächste Enttäuschung über die ÖVP herein: Die Differenz zwischen FPÖ und ÖVP, die 14 400 Stimmen betrug, konnte auch durch die Wahlkartenwähler nicht aufgeholt werden. Die Freiheitlichen blieben mit genau 415 Stimmen um eine Nasenspitze vorn und behaupteten damit Platz 2 vor der ÖVP.

Dieses Ergebnis ist nicht nur psychologisch von großer Bedeutung, sondern auch politisch, denn gemäß der österreichischen Realverfassung beauftragt der Bundespräsident zuerst den Obmann der stimmenstärksten Partei mit der Regierungsbildung. Sollte dies nicht zum Erfolg führen, wird der Obmann der zweitstärksten Partei mit dieser Aufgabe betraut – im vorliegenden Fall wäre das Jörg Haider.

In Österreich wird nun heftig und auch selbstquälerisch darüber diskutiert und gestritten, wie es möglich war, daß ein Populist vom Typ Haider diesen Erfolg in einem Land erzielen konnte, dessen Wirtschaftsdaten gut, ja hervorragend sind, das eine der niedrigsten Arbeitslosenraten in Europa hat und dessen Inflation minimal ist.

Robert Menasse, ein Schriftsteller der jüngeren Generation, der immer wieder durch unkonventionelle Wortmeldungen auffällt und erst dieser Tage ein Buch mit dem Titel „Dummheit ist machbar. Begleitende Essays zum Stillstand der Republik“ herausgebracht hat, führt die gegenwärtige seltsame Situation in Österreich auf eine „Doppelmühlen-Theorie“ zurück: „Setzten die politischen Eliten Österreichs namentlich die beiden Regierungsparteien, die immer noch 60 Prozent der österreichischen Bevölkerung repräsentieren, auf Kontinuität, auf Fortsetzen der gemeinsamen Arbeit, prolongieren sie die Situation, von der gegenwärtig vor allem die FPÖ profitiert. Setzten sie aber auf Konfrontation, auf Unterscheidung und Distanzierung voneinander, führen sie selbst den Bruch der Kontinuität vor, den Haider herbeizuführen versprach. Das ist die Doppelmühle, in der sich die Regierung sieht: Entweder weiter ziehen, bis man endgültig verloren hat, oder zurückziehen, und sich selbst verloren geben.“

Robert Menasse meint freilich, daß auch die FPÖ in einer ähnlichen Doppelmühle steckt: Denn jene aggressive Stimmung in Österreich, die Haider durch seine unentwegte populistische Agitation erzeugt hat, müsse stets neu angefacht werden, wenn der FPÖ-Obmann die Zustimmung bestimmter Bevölkerungssegmente erhalten wolle. Andererseits gerate er dadurch immer stärker in die Gefahr, auf absehbare Zeit in der Minderheit zu bleiben und keine Chance auf eine Mehrheit zu erhalten. Reduziert jedoch Haider seinen ständigen Appell an Ressentiments verschiedenster Art, dann dürfte er automatisch wenigstens einen Teil jener Zustimmung verlieren, die er schon jetzt verbuchen kann, die ihn aber nicht mehrheitsfähig macht.

Der Schriftsteller folgert daraus, daß es völlig unverständlich sei, warum die Regierungsparteien so beharrlich glauben, sie

selbst hätten keine Zugmöglichkeit mehr, und als grotesken Ausweg immer wieder versuchen, mit Haiders Steinen zu ziehen: „Klar, daß dann kein Stein auf dem anderen bleibt.“

Zahllose solche und auch ganze andere Lösungsmodelle wurden nach dem aufregenden Wahlgang am 3. Oktober in politischen Kreisen erörtert. Am Abend des 12. Oktober schlug dann die Nachricht, die FPÖ sei mit der hauchdünnen Mehrheit von 415 Stimmen noch vor der ÖVP auf den zweiten Platz gelandet, wie die sprichwörtliche Bombe ein. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß sich der endgültige Mandatsstand im Parlament durch das Hinzurechnen der Wahlkartenwähler geändert hatte: Die SPÖ war mit 65 Mandaten gleich geblieben, auch die 52 Mandate der ÖVP hatten sich nicht verändert, doch ein Mandat war nun von der FPÖ zu den Grünen (14 Mandaten) gewandert. Auf diese Weise ergab sich ein Gleichstand von je 52 Mandaten für FPÖ und ÖVP.

Haider und die Schattenseiten des politischen Systems

Unter dem Eindruck dieser letzten Nachrichten trat der Parteivorstand der ÖVP zusammen. Dabei warnten Sprecher aus allen Bundesländern vor einer Fortsetzung der Koalitionspolitik alten Stils, die nur zu weiteren Wahlniederlagen führen könnte. Die ÖVP habe vor der Wahl den Gang in die Opposition angekündigt, wenn sie auf den dritten Platz zurückfallen sollte, und dieses Versprechen müsse man nun, nach der Wahl, halten; andernfalls würde man jedes Vertrauen der Wähler verspielen. Diese Meinung setzte sich im Lauf der Debatte immer deutlicher durch, und schließlich beschloß der ÖVP-Parteivorstand einstimmig, jede Regierungsbeteiligung abzulehnen und in die Opposition zu gehen.

Das ist in der Tat eine historische Entscheidung, denn die Volkspartei war im April 1945 Mitbegründerin der Zweiten Republik und unumstrittene Nummer 1 in den fünfziger und sechziger Jahren. Die Namen der legendären Bundeskanzler *Leopold Figl* und *Julius Raab* erinnern an jene Zeit, in der die Koalition mit der Sozialistischen Partei große und unleugbare Verdienste für die Selbstbehauptung der vierfach geteilten und ausgeplünderten Alpenrepublik hatte. 1955 gelang es dieser Koalition, den jahrelang heftig umkämpften *Staatsvertrag* unter Dach und Fach zu bekommen und den Abzug der Besatzungstruppen zu erreichen. Die ÖVP hatte damals einen wesentlichen Anteil an diesen Erfolgen.

Eine persönliche Erinnerung an diese heroischen Zeiten haben jedoch nur mehr relativ wenige Menschen. Bei den Jüngeren wird hingegen die große Koalition zunehmend als Instrument des bloßen Machterhalts empfunden, als Proporzmaschinerie, die im Lauf der Zeit nicht nur den Staatsapparat, sondern auch verstaatlichte Betriebe, Bundesbahn, Post, verstaatlichte Banken, Versicherungen, Wohnbaugesell-

schaften und die nationale Luftlinie, die AUA, je nach Parteifarbe aufteilte. Auch die Medien einschließlich Hörfunk und Fernsehen im ORF wurden jahrelang in dieses schwarz-rote Schachbrettmuster eingepaßt, so daß allzu lange kaum ein parteifreier Raum im öffentlichen Leben übrigblieb.

Diese Schattenseiten des österreichischen politischen Systems greift Jörg Haider seit 1984, als er mit Hilfe eines putschartigen Coups den Vorsitz in der FPÖ übernahm, vehement und pausenlos an. Im Lauf der Jahre gelangen ihm trotz mancher Rückschläge bemerkenswerte Terraingewinne. Dabei tritt er in der Regel nicht als Deutschnationaler, auch nicht als Neonazi auf. Ihm geht es ja nicht darum, Minderheiten anzusprechen, sondern die Mehrheit zu erobern. Zu diesem Zweck stellt er sich als Robin Hood der Unterprivilegierten dar, und diese Rolle spielt er mit hohem Einsatz und beachtlicher Begabung.

Sein Ziel ist es, jene Volksschichten zu gewinnen, die des rot-schwarzen Machtkartells überdrüssig sind. Eine Hauptstoßrichtung besonderer Art in der Haiderschen Strategie sind die *Arbeiter*, die vor allem in Ostösterreich seit Generationen auf die Sozialdemokratie eingeschworen sind, die sich aber in zunehmendem Maß von der „neuen Klasse“ der gegenwärtigen SPÖ-Führung nicht mehr vertreten fühlen. Analysen unmittelbar nach dem Wahlgang am 3. Oktober erbrachten das aufsehenerregende Ergebnis, daß bei diesem Urnengang bereits 48 Prozent der österreichischen Arbeiter die FPÖ Haiders gewählt hatten, der von der sozialdemokratischen Propaganda seit Jahr und Tag als Teufel und Beelzebub dämonisiert wird. Trotz dieser Agitation ist nunmehr die FPÖ zur Partei mit dem höchsten Arbeiteranteil geworden, während die SPÖ, die vor allem in Wien und in den größeren Städten seit den Tagen der Monarchie die traditionelle Heimat der Arbeiterschaft darstellt, nur noch 32 Prozent Arbeiter unter ihren Wählern konstatieren konnte. Das ist eine politische Verschiebung von weittragender Bedeutung, die vor allem in den Reihen der SPÖ Niedergeschlagenheit und Zukunftszweifel ausgelöst hat.

Zur Freude über diese Entwicklung besteht aber auch in der ÖVP kein Grund. Denn Haider ist es im Lauf der letzten Jahre nicht nur gelungen, die unzufriedenen Arbeiter um sich zu sammeln, er hat es auch zustandegebracht, die von der Entwicklung in der EU überrollten *Bauern* anzusprechen, und Sympathien in den Reihen des sogenannten bürgerlichen Lagers zu wecken. So ist es zweifellos ein Alarmzeichen, daß bei diesen Nationalratswahlen die FPÖ nicht nur in Kärnten, sondern auch im Bundesland Salzburg zur stärksten Partei wurde. Darüber hinaus hat die FPÖ die Volkspartei nicht nur in der Steiermark, sondern auch in Wien überholt und auf den dritten Platz verwiesen.

Alle diese Ereignisse im Gefolge des Wahltages am 3. Oktober bestärkten die führenden Funktionäre der Volkspartei in der Überzeugung, daß es so nicht mehr weitergehen dürfe. Eine

neuerliche Beteiligung an einer rot-schwarzen Koalition hätte bloß die Folge, so denkt man jetzt in der ÖVP, daß Haider bei den nächsten Wahlen abermals kräftig zulegt, denn er kann sich ja in der Rolle der Opposition darauf beschränken, in harschen Worten die jeweiligen Unzulänglichkeiten zu geißeln. In Wirklichkeit wolle Haider gar kein Partner sein, so sagte der frühere ÖVP-Bundesparteiobmann *Erhard Busek* unmittelbar nach der entscheidenden Sitzung des VP-Bundesparteivorstandes, er wolle vielmehr so lange in der Opposition bleiben, bis ihm durch Fehler der anderen der Platz 1 sozusagen automatisch zufalle.

Derartige Überlegungen spielten bei der aufsehenerregenden Entscheidung der ÖVP, in die Opposition zu gehen, eine maßgebliche Rolle. Völlig offen ist dabei die Frage, wie es jetzt in Österreich weitergehen soll. Denn mit der Zertrümmerung des traditionellen Zwei-Parteien-Systems, das seit 1945 in Österreich existiert, ist nun ein Drei-Parteien-System sichtbar geworden, das aus drei annähernd gleich starken Parteien besteht.

Diese neu entstandene Parteien-Struktur erinnert an die Verhältnisse in der ersten Republik, als es bis 1934 neben den Sozialdemokraten und Christlichsozialen noch eine dritte Partei, die Deutschnationalen, gegeben hat. Nach 1945 entstand diese Partei nicht mehr wieder, der Traum vom „Anschluß“ war erloschen. Und die damals neu gegründete Freiheitliche Partei mußte sich bis in die achtziger Jahre bei Wahlen mit einigen wenigen Prozentpunkten begnügen. Jetzt ist nach Jahren eifrigster agitatorischer Arbeit Haiders wieder eine neue starke Mittelpartei auf den Plan getreten, die der SPÖ und ÖVP eine gefährliche Konkurrenz geworden ist, und die nicht mit alter Ideologie, sondern mit zeitgeistigem Populismus punktet. Genau darin besteht die Gefährlichkeit Haiders: Daß er nicht als Rechtsextremer oder als Neonazi auftritt, sondern daß ihm der Vorstoß über den traditionellen Rechtsextremismus und Neonazismus hinaus gelungen ist.

Eine klare Linie der Kirche war nicht zu erkennen

Diese Erkenntnis hat sich weder in Österreich noch im befreundeten Ausland, das in diesen Tagen mitunter erstaunliche Ratschläge gibt, herumgesprochen. Und so versucht man nach wie vor, Haider mit der Faschismus-Keule zu Fall zu bringen, was ihm aber nur zusätzliche Popularität verschafft, denn das Nazi-Geschrei wird in der Regel nicht ernst genommen. In dieser Hilflosigkeit gegenüber dem Phänomen Haider wurde in den vergangenen Jahren in Österreich eine strikte Ausgrenzungsstrategie gegen den FPÖ-Obmann angewendet: Kein Kontakt mit ihm, keine Beteiligung der FPÖ an einer Regierung.

Allmählich stellte sich jedoch heraus, daß auch diese Waffe der Isolierung kontraproduktiv war: über eine Million Wähler in einem Acht-Millionen-Land kann man eben nicht

einfach in einen rechtsextrem abgestempelten Winkel abschieben. Der überlegene Wahlsieg der FPÖ im Bundesland Kärnten und die Wahl Haiders zum Landeshauptmann waren deutliche Zeichen in diese Richtung, wobei sein Auftreten gegen den in Kärnten besonders ausgeprägten Gesinnungsdruck gewiß eine große Rolle spielte.

Mit dem Gang der ÖVP in die Opposition werden nun die Karten ganz neu gemischt. Und neu stellt sich die Frage: Wer soll nach den bisherigen Erfahrungen den Mut haben, Haider in eine Regierung zu nehmen? Denn der FPÖ-Obmann hat sich in seiner politischen Karriere als wendig bis zur Charakterlosigkeit erwiesen, und niemand weiß im Grunde genau, was er in wichtigen Grundsatzfragen wirklich denkt.

Meinte er es vielleicht wirklich ernst, als er als junger Mann in Niederösterreich und in Wien durchgehend liberale, weitherzige Ideen vertrat? Oder war es seine wirkliche Überzeugung, als er wenig später vorübergehend zum Deutschnationalismus mutierte, wie er ihn in Kärnten kennengelernt hatte? Oder ist es ein wirklich unumstößliches Bekenntnis, wenn er jetzt den wahren österreichischen Partikularismus gegen die „unzumutbaren europäischen Übergriffe aus Brüssel“ verteidigt? War es sein persönliches Programm, als die FPÖ zu Beginn seiner Obmannschaft mit Nachdruck die volle Integration Österreichs in der europäischen Einigungsbewegung forderte, oder war es schon immer das eigentliche Herzensanliegen Haiders, gegen die Mitgliedschaft Österreichs bei der Europäischen Union und gegen die Einführung des Euro zu wettern?

Was ist das wirkliche Gesicht Jörg Haiders? Diese Frage ist nicht zu beantworten, und daher ist dieser Typ von Politiker auch so schwer zu bekämpfen, noch schwerer richtig einzuschätzen. Denn schon morgen kann er vehement ablehnen, was er heute noch hochgelobt hat.

Ein einziges Mal hat dieses Verhalten Haiders zu seiner katastrophalen Niederlage geführt: Bei der Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur EU, gegen den Haider in wildesten Attacken opponierte, dem aber 66 Prozent der Österreicher zustimmten. Dieser Sieg über Haider wurde unverständlichlicherweise von den beiden Regierungsparteien nicht genützt. Sie stritten sich statt dessen über die Frage, wer von den Regierungspolitikern den Vertrag unterschreiben sollte, und vergaben damit eine Chance, die sich nicht mehr wiederholen wird. Dieses Beispiel zeigt plastisch, welcher Versäumnisse sich die große Koalition schuldig gemacht hat, die selbst bei Wiederholung einer SP-VP-Regierung jetzt nur noch eine kleine Koalition wäre.

Die Frage bleibt, ob sich tatsächlich eine Partei an einer österreichischen Regierung beteiligen soll, deren Bekenntnis zu Europa höchst zweifelhaft ist. Eine andere offene Frage lautet, ob es wirklich eine Regierungspartei in Österreich geben kann, die in so vehementer Weise gegen *Ausländer* Stimmung macht. Noch ist das unsägliche Anti-Ausländer-Volks-

begehren der FPÖ zu Beginn der neunziger Jahre in Erinnerung, und in dem eben zu Ende gegangenen Wahlkampf kam es wieder zu einer abstoßenden Hetze gegen Ausländer, Asylanten und Flüchtlinge.

Gerade bei diesem Thema zeigt sich allerdings, wie sehr sich die innenpolitische Stimmung in den letzten Jahren verschoben hat: Protestierten noch gegen das Anti-Ausländer-Volksbegehren weit mehr als hunderttausend Menschen mit einem eindrucksvollen Lichtermeer, rührte sich in diesem Wahlkampf kaum etwas gegen die fremdenfeindliche Agitation der Freiheitlichen. Selbst aus den Reihen der SPÖ und der ÖVP kamen kaum profilierte Gegenstimmen, offenbar wurde vor dem Hintergrund von einer Million Ausländern in Österreich (davon etwa 400 000 Illegale) kein offener Widerspruch gegen die Attacken der FPÖ riskiert. Statt einer Kultur des Widerspruchs und des Widerstandes kam es auf diese Weise zu einem eher schwammigen Zurückweichen.

Unter denen, die öffentlich widersprachen, befand sich in vorderster Linie Kardinal *Franz König*, der mit seinen 95 Jahren das Schweigen der Kirche brach, und mit ihm der Präsident der Caritas-Österreich, *Franz Küberl*, der mit seiner Zivilcourage immer wieder beeindruckt. Der Kardinal sagte im Fernsehen, Würde und Freiheit sowie die Grundrechte seien für alle Menschen stets gültig. Natürlich sei es nicht Aufgabe der Kirche, in Wahlauseinandersetzungen einzugrei-

fen. Wohl aber müsse man dort Stellung beziehen, wo es um das Gemeinwohl der Menschen gehe, und wo durch Ausdrücke wie Überfremdung Ängste geschürt werden. Küberl ergänzte, eine absolute Grenze gegen Intoleranz sei dort zu ziehen, wo der Populismus Menschen im Wahlkampf mißbrauche, und der Neidpegel in der Gesellschaft erhöht statt abgebaut werde.

Das waren erfrischende Worte im Wahlkampf. Eine klare Linie der katholischen Kirche war jedoch während der Wahlauseinandersetzung nicht zu erkennen. Anhand dieses Beispiels wird einmal mehr deutlich, wie sehr sich die Kirche in Österreich mittlerweile auf binnenkirchliche Probleme zurückgezogen hat. Der „Dialog für Österreich“, der noch ein Jahr zuvor erfreuliche Initiativen für die Zukunft erhoffen ließ, ist mittlerweile durch Interventionen aus Rom und durch die Zerstrittenheit in der Österreichischen Bischofskonferenz erlahmt. Wohl gibt es in einzelnen Diözesen Bemühungen um eine Fortsetzung des Dialogs, so im Burgenland im Bereich der Jugend, die auch gesamtösterreichisch aktiv werden will, in Kärnten für den Bereich der Frauen, in Oberösterreich für die Arbeitswelt. Doch eine neue gesamtösterreichische kirchliche Initiative erscheint angesichts der Ängstlichkeit der Kirchenleitung, im gesellschaftlichen Diskurs Position zu beziehen, und sich der geistigen Auseinandersetzung auf allen Ebenen zu stellen, für die nächste Zeit kaum möglich zu sein.

Fritz Csoklich

Notwendige Grenzziehungen

Christentum und Zivilgesellschaft im zusammenwachsenden Europa

Wie können sich die christlichen Kirchen in den heutigen demokratischen Prozeß einbringen und ihren Beitrag für das Gemeinwohl leisten? Mit dieser Frage befaßte sich Irena Lipowicz, polnische Juraprofessorin und Parlamentsabgeordnete, beim diesjährigen Renovabis-Kongreß. Wir veröffentlichen ihr Referat in einer leicht gekürzten Fassung. Der vollständige Text sowie alle Vorträge des 3. Internationalen Kongresses Renovabis werden in einem Dokumentationsband veröffentlicht. Er erscheint im Frühjahr 2000 und kann bestellt werden bei: MVG Medienvertriebsgesellschaft, Postfach 1450, 52015 Aachen.

Zivilgesellschaft ist eine Form gemeinschaftlichen Bewußtseins. Nach einer Definition von *Edward Shills* „die eine regulative Funktion ausübende öffentliche Meinung“ oder – wie *E. W. Böckenförde* schreibt – nicht nur ein Bestand an Meinungen, sondern auch eine Struktur von Handlungen und Bindungen zwischen Menschen. Dieser nicht restlos erfaßbare Prozeß, in dem sich die Meinungen der einzelnen Individuen zu einer relativ einheitlichen öffentlichen Meinung

umgestalten, ist ein ungewöhnlich wesentliches Bindemittel und die „Seele“ des demokratischen Rechtsstaates.

Eine so verstandene öffentliche Meinung ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung: Im Polen der achtziger Jahre war die öffentliche Meinung ungewöhnlich einheitlich, es gab auch solidarisches Handeln und starke Bindungen zwischen den Menschen, von denen man heute nur träumen kann. Trotzdem sprach man damals nicht von